

Die nachfolgenden Informationen sind aus

https://www.bundestag.de/blob/190452/136d18f9322d451e7ab98e916bdf7d32/parteien_weimarer_republik-data.pdf

PARLAMENTSHISTORISCHE AUSSTELLUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Die Parteien der Weimarer Republik

Die **Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP)** als Repräsentanz des konservativ-monarchistischen Lagers bekämpfte das demokratische System und die mit dem Versailler Vertrag etablierte internationale Ordnung. Die DNVP vertrat die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der ostelbischen Grossagrarier und der Grossindustrie. Nach anfänglicher begrenzter Kooperation radikalisierte sie sich unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Hugenberg, der ihre republikfeindliche und antisemitische Ausrichtung forcierte und durch Zusammenarbeit mit der NSDAP (Harzburger Front) Hitler in rechtsbürgerlichen Kreisen erst hoffähig machte. Die Koalitionsregierung der DNVP mit der NSDAP unter Hitlers Kanzlerschaft im Januar 1933 markiert das Ende des demokratischen Parteienstaats und den Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Die **Deutsche Demokratische Partei (DDP)**, aus der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und dem linken Flügel der Nationalliberalen hervorgegangen, stand auf dem Boden der demokratischen Ordnung und nahm grossen Einfluss auf die Gestaltung der Weimarer Verfassung. Die in Bildungsbürgertum und Mittelstand verankerte Partei forderte die strikte Trennung von Staat und Kirche, eine Begrenzung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft sowie die Abschaffung wirtschaftlicher Monopole und strebte einen Ausgleich zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen an. Die DDP befürwortete die Bildung eines Völkerbunds. In der Nationalversammlung 1919/20 bildete sie mit SPD und Zentrum die Regierung der Weimarer Koalition und war bis 1932 an fast allen Reichsregierungen beteiligt. Die Bereitschaft zu unpopulären Kompromisslösungen zahlte sich für die DDP nicht aus. Nach dem Gewinn von fast einem Fünftel der Wählerstimmen (17,3%) 1919 verlor sie rapide an Zustimmung und rangierte – trotz der Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei – seit den 30er-Jahren mit einem Anteil von ca. 1% der Stimmen nur noch auf dem Niveau einer unbedeutenden Splitterpartei.

Die **Deutsche Volkspartei (DVP)**, aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen und Teilen der FVP gebildet, stand dem neuen Staat indifferent bis ablehnend gegenüber. Als Partei der Schwerindustrie vertrat sie vornehmlich die Interessen des Grossbürgertums und des gewerblichen Mittelstands. Politisch noch stark der Gedankenwelt des Obrigkeitsstaats verhaftet, befürwortete die DVP den Aufbau einer starken Zentralgewalt. Aussenpolitisch strebte sie eine Revision des Versailler Vertrags an. Unter dem Vorsitz Stresemanns arrangierte sich die Partei mit dem demokratischen System und schwenkte auf einen Kurs der Verständigung mit den Siegermächten ein. Das Erstarken antiparlamentarischer Kräfte innerhalb der Partei nach Stresemanns Tod und die Annäherung an die rechts-nationale Opposition konnten den seit 1920 anhaltenden Rückgang der Wählerstimmen von 10% bei den Reichstagswahlen 1920 auf circa 1% in den dreissiger Jahren nicht verhindern.

Die **Zentrumspartei (Z)** verstand sich als politische Interessenvertreterin der katholischen Bevölkerung. Unter Führung Matthias Erzbergers bekannte sich das Zentrum zum republikanischen Verfassungsstaat und arbeitete gemeinsam mit SPD und DDP in der Weimarer Koalition am Aufbau der parlamentarischen Demokratie. Neben dem Eintreten für die Rechte der katholischen Kirche und den Erhalt der Länder kennzeichnete das Zentrum eine breite programmatische Vielfalt. Befürwortete der linke Flügel den Ausbau des Sozialstaats und die aussenpolitische Verständigung, so sprach sich der rechte Flügel für eine patriarchalisch-ständestaatlich orientierte Innen- und eine revisionistische, nationalbetonte Aussenpolitik aus. Das Zentrum erhielt stets rund 15% der Wählerstimmen, stellte insgesamt fünf Reichskanzler und war bis 1932 an allen Reichsregierungen beteiligt. 1930 leitete die Ernennung des Zentrumspolitikers Brüning zum Reichskanzler einer Minderheitsregierung, die nur mit Unterstützung des Reichspräsidenten ihren Aufgaben nachkommen konnte, von der parlamentarischen Regierungsweise zur Phase der scheinparlamentarischen Präsidialkabinette über.

Die **Bayerische Volkspartei (BVP)** hatte sich im Konflikt über die Haltung zum parlamentarischen System vom Zentrum abgespalten und als konservativ-klerikale Regionalpartei mit reichsweitem Betätigungsfeld etabliert. Die partikularistisch ausgerichtete Partei war die dominierende politische Kraft in Bayern. Auf Reichsebene strebte sie rechtsbürgerliche Koalitionen unter Ausschluss der SPD an. Seit 1930 sprach sich die BVP für die Regierungsbeteiligung der NSDAP aus.

Die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** setzte sich ungeachtet heftiger interner Konflikte in der Revolutionsphase für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung ein. Sie drängte auf baldige Wahlen zur Nationalversammlung und trat mit 39,9% als stärkste politische Kraft in die Regierung der Weimarer Koalition

unter Ministerpräsident Scheidemann ein. Die SPD, bis 1932 stärkste politische Kraft, stützte und verteidigte stets die Republik, obwohl sie sich zumeist in der Opposition befand, vom bürgerlichen Lager überwiegend skeptisch betrachtet wurde und sich wegen ihres vermittelnden Kurses zahlreichen Anfeindungen von Rechts und Links ausgesetzt sah. Der fortwährende Spagat zwischen pragmatischer Kompromissbereitschaft und staatspolitischer Verantwortung sowie sozialistischer Programmatik andererseits führte zu internen Konflikten und einem Wählerrückgang von rund 40% auf unter 20% bei der Wahl 1933. Dabei spielte auch eine Rolle, dass es der SPD nicht gelungen war, ihre Anhängerschaft über das sozialdemokratische Milieu hinaus auszudehnen.

Die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)** bildete sich 1917 unter dem Vorsitz von Hugo Haase aus dem pazifistischen Flügel der SPD nach heftigem Streit über die Haltung zum Krieg. Die von ihr organisierten Massenstreiks gegen schlechte Lebensmittelversorgung und die Fortführung des Kriegs verschafften der Partei vor allem in den Teilen der sozialistischen Arbeiterschaft Rückhalt, die der MSPD (Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands) wegen ihrer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien „Verrat am Sozialismus“ vorwarfen. Zwar einigten sich beide Parteien im November 1918 auf eine Zusammenarbeit im Rat der Volksbeauftragten, aber wegen des gewaltsamen Vorgehens der MSPD gegen linksrevolutionäre Aufstände verliess die USPD Ende 1918 die Übergangsregierung. Nach Abspaltung des Spartakusbunds und der Niederlage bei den Nationalversammlungswahlen wurde die marxistisch orientierte Partei 1920 mit 17,9% zweitstärkste Fraktion. Danach verstrickte sich die USPD zunehmend in interne Kämpfe. Ende 1920 trat ihr linker Flügel der KPD bei, die verbliebenen Teile vereinigten sich 1922 mit der MSPD.

Die **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** wurde am 30. Dezember 1918 vom Spartakusbund unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet. Die in der Bevölkerung anfangs nur schwach verankerte Partei strebte die Errichtung einer bolschewistischen Räterediktatur nach sowjetischem Vorbild an. Sie lehnte das parlamentarische System ab und trat zu den Nationalversammlungswahlen nicht an. Stattdessen versuchte sie, durch Massenstreiks und Protestaktionen Anhänger zu gewinnen und die Demokratie zu bekämpfen. Durch interne Flügelkämpfe und Abspaltungen geschwächt, erzielte die KPD bei den Reichstagswahlen 1920 lediglich 2,1% der Stimmen. Erst mit dem Übertritt von rund 300.000 Mitgliedern des linken Flügels der USPD Ende 1920 avancierte die KPD zu einer von Moskau gelenkten Massenpartei, die rund ein Zehntel der Wähler an sich zu binden vermochte. Die mit der Weltwirtschaftskrise einsetzende Radikalisierung liess die Partei bei den Reichstagswahlen seit 1930 zur drittstärksten politischen Kraft aufsteigen. Im Reichstag bildete sie zusammen mit der NSDAP eine antiparlamentarische Sperrmajorität. Die von der KPD entfesselten Hetzkampagnen gegen Demokratie und das „herrschende Finanzkapital“ haben wesentlich zum Untergang der Demokratie beigetragen.

Die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)**, 1919 gegründet und zunächst im sozial deklarierten Kleinbürgertum Münchens verankert, suchte insbesondere nach Übertragung des mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Parteivorsitzes an Adolf Hitler (1921) mit nationalchauvinistischen und antisemitischen Protest- und Gewaltaktionen gegen den Versailler Vertrag und die Weimarer „Verzichtspolitiker“ (Dolchstoßlegende) die in völkischen Kreisen verbreitete systemfeindliche Stimmung zu forcieren und das demokratische System zu unterminieren. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom 9. November 1923 („Marsch auf die Feldherrnhalle“), nach Inhaftierung und Verurteilung Hitlers und zeitweisem Parteiverbot schwenkte die bis 1930 in Wahlen wenig erfolgreiche rechtsextremistische Partei (2,6-6,5%) auf einen pseudo-legalen Kurs ein. Die Verunsicherung und soziale Verelendung breiter Bevölkerungskreise bot der antisemitischen und antikapitalistischen Agitation der Nationalsozialisten breiten Raum. 1930 errang die NSDAP mit 18,3% einen erdrutschartigen Wahlsieg. Als zweitstärkste Reichstagsfraktion mit 102 Sitzen konnte die Partei nicht nur ihren zersetzenden Einfluss auf die parlamentarische Arbeit steigern, sondern auch ihr Ansehen in rechtsbürgerlichen Kreisen deutlich vergrössern. Von immer mehr ehemaligen Wählern der konservativen und liberalen Parteien, aber auch von vielen jungen und Nicht-Wählern wurde die NSDAP als unverbrauchte Kraft wahrgenommen, die mit ihrer völkisch-rassistischen Gemeinschaftsideologie und ihrem aggressiven aussenpolitischen Programm eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme versprach. Im Herbst 1931 schlossen sich NSDAP, DNVP und nationalistische Kampfverbände zur „Harzburger Front“ zusammen, um den gemeinsamen Kampf gegen die parlamentarische Demokratie zu intensivieren. Die von NSDAP und KPD betriebene Destabilisierungspolitik führte zu einer raschen Abfolge nur vom Reichspräsidenten gestützter Regierungen ohne parlamentarische Mehrheit und zu wiederholten Neuwahlen. Schliesslich erwies sich die nationalsozialistische Machtposition als so gestärkt, dass Reichspräsident Hindenburg – auch unter dem Druck einflussreicher rechtskonservativer Kreise – Hitler trotz Verlusten der NSDAP bei den letzten demokratischen Reichstagswahlen zum Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus NSDAP und DNVP ernannte und damit der schwer erschütterten parlamentarischen Demokratie den Todesstoss versetzte.